Nr. 1 | 24. Januar 2025

AZB / 4001 Basel / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

49. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

BASLER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Mit Höhenluft ins 2025

FDP Basel-Stadt auf Höhenflug in Klosters

Der ganze Beitrag und weitere Bilder auf Seite 6.

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Basler Freisinn, 4000 Basel, T: 079 937 39 94, E: info@fdp-bs.ch, www.fdp-bs.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Unser Land braucht die FDP

Die liberale, eindeutig bürgerliche Politik

Liebe Freisinnige

An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar hat die FDP aufgezeigt, wie wichtig unsere gradlinige, liberale politische Arbeit ist. Die Schweiz kippt je länger, je mehr nach links. Immer mehr Anspruchsgruppen melden ihre Forderungen an. Inzwischen beteiligen sich auch Teile der SVP am Ringen um Subventionen und rufen nach stets neuen Segnungen des Staats. Deshalb braucht unser Land die liberale, eindeutig bürgerliche Politik der FDP mehr denn je! Wir setzen uns ein für alle, die in diesem Land Verantwortung übernehmen. Verantwortung für das eigene Leben, für die Familie, für den Beruf, für die Gesellschaft.

Für alle, die den Wecker stellen

Den Begriff «Eigenverantwortung» kennen wir in der Schweiz schon lange. Aber es ist notwendiger denn je, dass wir uns dafür einsetzen. Denn die Koalition der Anspruchsvollen, die immer mehr Bedienung durch den Staat wollen, wächst unaufhörlich. Die FDP steht auf der Seite der Menschen, die bereit sind zu arbeiten, ihre Pflicht zu tun und sich jeden Tag für Beruf, Familie und Gesellschaft einzusetzen. Das heisst, wir kämpfen für das liberale Erfolgsmodell. Denn wir kämpfen für alle Menschen, die den Wecker stellen:

- Berufstätige, die ihrer Arbeit nachgehen und damit Wohlstand schaffen
- Unternehmerinnen und Unternehmer, die investieren und den Nachwuchs ausbilden
- Eltern, die ihr Zusammenleben frei gestalten und Familien- wie Berufsarbeit ohne steuerliche Nachteile wünschen
- Frauen und Männer, die umfassende Sicherheit und krisenfeste Infrastrukturen brauchen
- alle Bürgerinnen und Bürger, die am Erfolgsmodell Schweiz mitwirken und mitbauen

Realität statt Utopie

In den letzten Jahren haben geopolitische Verwerfungen und Krisen die Welt und die Schweiz erschüttert. Wir werden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand, Sicherheit noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unverständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, Lärmschutzverordnungen oder die Namen von Strassenschildern diskutieren. Die Schweiz braucht dringend eine Änderung der Prioritäten. Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken! Nur so ist es möglich, dass auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben.

Umweltverantwortungsinitiative gleich Verarmungsinitiative

Bestes Beispiel ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen: Sie fordert innert 10 Jahren eine utopische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses. Um deren Ziele zu erreichen, müssten wir auf 67 Prozent unseres heutigen Konsums verzichten. Allein die Energiepreise müssten massiv angehoben werden. Das bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU. Die Schweiz würde auf das Niveau von Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar abgleiten. Übrigens: Die gleichen politischen Kräfte, welche die Umweltverantwortungsinitiative unterstützen, forderten auch industriepolitische Massnahmen für die hiesige Stahlindustrie wegen zu hoher Energiepreise – was für ein Widerspruch. Die Schweiz braucht eine liberale Umweltpolitik, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz deshalb den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen. Ich bitte Sie daher um ein NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar.

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Der Kunde ist König

Editorial von Johannes Barth

Liebe Freisinnige

Stellt euch vor, ein guter Freund hat ein Unternehmen. Ein Traditionsunternehmen, wie es im Buch steht. Von Generation zu Generation weitergegeben, mit Tradition, einem Image und eigentlich ganz guten Produkten. Doch die Zeiten haben sich geändert. Der Wettbewerb wird strenger, die Nachfrage schwächelt wie ein Schneemann in der Frühlingssonne. Und der Marktanteil ist in wenigen Jahren um über 60 Prozent geschrumpft. Die Konkurrenten gewinnen Marktanteile, weil sie offenbar die Kundenbedürfnisse besser befriedigen als das Traditionsunternehmen unseres Freundes. Das Unternehmen ist nicht mehr das, was es einmal war. Die guten alten Zeiten sind tempi passati. Was würdet ihr dem Freund raten? – «Mach einfach weiter wie bis jetzt, das kommt schon wieder gut.»? Wohl kaum. Man würde dem Freund klarmachen, dass Marktanteile nur zurückgewinnt, wer anbietet, was die Kunden haben wollen. Punkt. – Dieses Unternehmen und unsere Partei haben viel gemeinsam.

21, 18, 7. – So viele Sitze hatten wir im Grossen Rat in den Jahren 1980, 2000 und 2020. In nur 40 Jahren haben wir über 60 Prozent der Marktanteile verloren. Und wenn wir ehrlich sind, können wir mit dem Ergebnis von 2024 nur einigermassen zufrieden sein. Ja, wir haben die Talfahrt gestoppt. Ja, wir haben den Marktanteil halten können. Aber Stillstand ist Rückschritt. Und Zufriedenheit mit dem Status quo ist für mich keine Option. Und für eine Partei, die sich den Fortschritt auf die Fahne geschrieben hat, erst recht nicht.

Politik ist ein Wettbewerb. Ein Wettbewerb der besten Ideen, der besten Lösungen und der besten Angebote für die Zukunft. Und das schönste Unternehmen ist nichts wert, wenn der Konsument seine Produkte nicht haben will. Der Erfolg hängt davon ab, wie gut sich das Produkt an die Bedürfnisse des Marktes anpasst und so das Vertrauen der Konsumenten gewinnt. Die Konsumenten entscheiden an der Urne darüber, ob ihnen ein Angebot zusagt oder eben nicht. Letztlich entscheidet der Markt über politische Erfolge und Misserfolge und darüber, wie die Marktanteile verteilt werden. – Wer nicht liefert, ist geliefert.

Die Wählerinnen und Wähler sind unsere Kunden. Die Parteimitglieder sind unsere Shareholder. Und wir dürfen die beiden nicht verwechseln. Die Shareholder sind wichtig, keine Frage. Aber die Konsumenten verhelfen dem Unternehmen zu Marktanteilen, nicht die Shareholder.

Deshalb müssen wir in Zukunft noch näher dran sein an den Kunden. Wir wollen ihre Sorgen und Ängste kennen, aber auch ihre Träume und Hoffnungen. Wir müssen ihnen zuhören, sie zu Wort kommen lassen, sie ernst nehmen. Die Konsumenten interessieren sich nämlich nicht für die Worthülsen aus einem Parteiprogramm, sie interessieren sich auch nicht für die originellen Ideen von Grossräten, die Konsumenten interessieren sich in erster Linie für sich selbst. Sie wollen einfache Lösungen für das, was sie bewegt. Und Antworten, an die sie glauben können. Zuoberst auf die Traktandenliste der nächsten Jahre gehören sicher die Themen Bildung, Sicherheit und Wohnraum. – Und ich glaube nicht, dass ich hier erläutern muss, warum.

Alles, was die Partei tut, muss dazu dienen, das Vertrauen der Kunden in die Partei zu gewinnen, zu halten und zu festigen. Darum ist sie sicher nicht die geeignete Bühne für politische Cowboy-Aktionen, auch wenn sie noch so gut gemeint sind. Das wäre ungefähr so, wie wenn eine Mitarbeiterin bei der Migros neben der Fleisch- und Fischtheke noch selbst gebackene Guetzli anbieten würde.

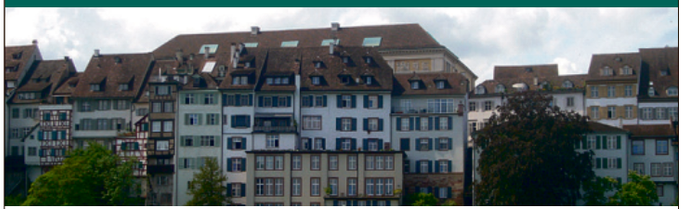
Wir können Marktanteile zurückerobern. Und wir wollen alles daransetzen, dass die Kunden uns

das Wertvollste geben, das sie haben – ihr Vertrauen, und das Wertvollste, was es in einer Demokratie gibt – die Stimme.

Johannes Barth,
Präsident der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Anzeige

VERKAUF/KAUF-SCHÄTZUNGEN-BEWIRTSCHAFTUNG



L+B AG
LiegenschaftsBeratung

L + B AG Liegenschaftsberatung
Steinentorstrasse 13, 4010 Basel
Tel. 061 205 08 70
www.lb-liegenschaftsberatung.ch

Budgetdebatte im Grossen Rat

«Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!»

Trotz laufenden Überschüssen des Kantons Basel-Stadt hat die FDP in der Vergangenheit immer darauf hingewiesen, dass das Geld sorgfältig ausgegeben werden soll und dass das Ausgabenwachstum im Auge behalten werden muss. Mein Votum zu Budget 2025 hatte daher das Thema «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!».

Negative Finanzkennzahlen

Der Basler Finanzhaushalt läuft immer stärker in Richtung Minus. Der Ausblick im Finanzplan sieht nicht rosig aus. Alle Finanzkennzahlen im Finanzplan für die nächsten drei Jahre tendieren ins Negative. Der Haushalt für das Jahr 2028 sieht ein negatives Ergebnis von minus 36 Millionen vor. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen stürzt ab. Von 160 Prozent im Jahr 2023 auf bescheidene 39 Prozent im Jahr 2028. Dafür steigen die Schulden stark an. Die Nettoschulden steigen bis 2028 fast auf 1 Milliarde Franken und die Bruttoschulden klettern auf fast 6 Milliarden Franken. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung nimmt der Kanton damit einen absoluten Spitzenplatz in der Schweiz ein.

Wir haben in der Finanzkommission den Finanzplan diskutiert und sind zu unterschiedlichen Beurteilungen gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen wegen der erwarteten negativen Kennzahlen. Es ist nachvollziehbar, dass nicht alle Investitionen mit den laufenden Einnahmen finanziert werden können, aber zumindest der Haushalt sollte ausgeglichen budgetiert werden können. Eine Mehrheit der Finanzkommission teilte diese Einschätzung nicht.

Wille zum Sparen fehlt

Der Blick auf das Budget 2025 zeigt es, fast alle Ausgabenbereiche von Basel-Stadt legen weiter zu. Alles wächst – die Stellen, die Ausgaben, aber auch die Einnahmen. Der Wille, auch mal etwas zu reduzieren und auf eine Ausgabe oder gar Aufgabe zu verzichten, ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall, immer neue Aufgaben werden an die Verwaltung delegiert. Wenn man nicht sparen will und im Grossratssaal immer wieder neue Staatsaufgaben erfunden werden, dann muss man auf der Einnahmenseite ansetzen. Für die FDP heisst das, mittels der Kaufkraftinitiative die Einkommenssteuern senken. Und den Menschen die Kaufkraft zurückgeben.

Bauprojekte werden teurer

Weiterhin bereiten auch kantonale Bauprojekte Sorgen. Die Sanierung des Spiegelhofs verzögert sich weiter. Gemäss Justiz- und Sicherheitsdepartement mussten rund 150 Arbeitsplätze ausgelagert werden. Die Auslagerung dauert voraussichtlich statt der geplanten 24 Monate nun 43 Monate, was weitere Mehrkosten von 1,4 Millionen Franken zur Folge hat. Die Sanierung des Spiegelhofs wird am Ende 100 Millionen Franken kosten. Auch beim Neubau für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv ist mit Verzögerungen und Mehrkosten zu rechnen. Die Sanierung des Kunstmuseums startet zwar erst ab 2029, aber schon heute ist klar, dass das Ganze dann inklusive Teuerung mindestens 200 Millionen Franken kosten wird. Die Baukosten wachsen in dieser Stadt in die Höhe wie Wolkenkratzer.

Personalsituation bei der Staatsanwaltschaft

Die Rückstände bei der Staatsanwaltschaft beschäftigen seit Jahren. Gemäss Ausführungen des Ersten Staatsanwalts sei die Situation aktuell schwierig und die Fallbelastung permanent über Jahre hoch. Dies habe Auswirkungen auf die Gesundheit der einzelnen Mitarbeitenden. Daher befürwortete die FDP-Fraktion den Antrag der Finanzkommission für die Aufstockung der Staatsanwaltschaft mit zusätzlichen acht Vollzeitstellen.

Auszüge aus dem Votum von Grossrat Daniel Seiler – Mitglied der Finanzkommission

Anzeige

Schweizer Söhne
Malen Gipsen
Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren
061/381 83 15
Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Beitrag Freisinn Grossbasel-Ost

Ich wünsche uns allen ein frohes und kämpferisches Jahr 2025

Bereits in den letzten beiden Ausgaben des «Freisinns» habe ich es geschrieben: Ziele, die man erreichen will, die müssen vehement verfolgt werden. Nach etlichen Wahlkämpfen in den letzten Jahren – siegreich und weniger siegreich – ist dieses vehemente Verfolgen wichtiger denn je, denn die Gefahr besteht sonst, dass man nachlässig wird. Und nachlässig wollen wir nicht sein, nein, wir haben noch viele Ziele, die wir erreichen wollen. Damit wir das können, brauchen wir Energie. Deshalb hoffe ich, dass wir uns alle zwischen den Jahren erholen konnten und ausgeruht und eben voller Energie in das neue Jahr gestartet sind.

Der Vorstand der FDP Grossbasel-Ost hat das letzte Jahr mit einem gemütlichen Weihnachtsessen im Restaurant zur Wanderruh beschlossen und dort schon ein erstes Energietanken vollzogen. Davon zeugen auch die Schnappschüsse. Wir sind bereit für die kommenden Herausforderungen, die unser Wahlkreis für uns sicherlich bereithalten wird.

Schliesslich möchte ich bereits heute auf die nächste Mitgliederversammlung hinweisen:

Merken Sie sich doch dieses Datum in Ihrem Kalender vor. Es würde uns freuen, viele Mitglieder der FDP Grossbasel-Ost am Donnerstag, 22. Mai 2025, abends wahrscheinlich ab 19.30 Uhr, im Helvetia Tower begrüssen zu dürfen (Details folgen später).

Bleiben Sie gesund, fröhlich, voller Energie und auch kämpferisch, so sind wir gut vorbereitet, auf alles, was da kommen mag.

Isabelle Mati,
Präsidentin FDP Grossbasel-Ost

Jährliches «Fääde zieh»

Anfang Dezember traf sich – wie schon seit vielen Jahren – die FDP-Familie mit Kolleginnen und Kollegen der LDP zum «Fääde zieh» in der Kleinbasler Traditionsbeiz Schoofegg. Beim gemeinsamen Fondue wurde über Politik, aber auch über ganz anderes diskutiert. Natürlich wird der geschätzte Traditionsanlass auch dieses Jahr am ersten Montag im Dezember wieder durchgeführt.

Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel

Jubiläumsevent «10 Jahre FDP Kleinbasel»

Am 21. September 2024 fand auf der Merian-Terrasse (heute Restaurant Du Pont) der Jubiläumsevent «10 Jahre FDP Kleinbasel» statt. Nach einer kurzen Begrüssung durch Eva Biland durfte ich kurz auf die Geschichte vor und nach dem Zusammenschluss und auf ein paar Anekdoten aus den beiden ehemaligen Quartiervereinen im oberen und unteren Kleinbasel zurückblicken. Dabei ging es um die Demarkationslinie Clarastroos, um Wahlkampfguggen oder um das Schoofegg.

Gefreut hat es mich besonders, dass auch der Altpräsident, Emil Hediger, den Weg aus Frick ins Kleinbasel gefunden hat. Bei Brezel und Weisswürsten wurde über Erlebnisse aus vergangenen Zeiten und über Weggefährten diskutiert.

Zum Abschluss durften alle je zwei Flaschen Jubiläumsbier – ein Ueli Weizen-Bügelbier – mit nach Hause nehmen. Die Flaschen wurden bei der Neonwidmer AG im Vorfeld durch fleissige Helfer aus dem Kleinbasel umetikettiert. Die Etiketten wurden durch das Team von Chris Hess bei Neonwidmer gestaltet. Herzlichen Dank.

Daniel Seiler,
Präsident FDP Kleinbasel

Agenda

Tragen Sie diesen Termin in Ihre Agenda ein:

5. Mai	nächster Parteitag, respektive Generalversammlung (Einladung folgt)

FDP Basel-Stadt auf Höhenflug in Klosters

Das Wochenende vom 11. und 12. Januar stand ganz im Zeichen von Pulverschnee, Sonne und guter Gesellschaft: Die FDP Basel-Stadt lud zum Skiweekend nach Klosters, und die Teilnehmenden genossen ein rundum gelungenes Programm.

Nach individueller Anreise am Samstag konnte sich jeder nach seinen eigenen Vorlieben beschäftigen – sei es beim Skifahren, Snowboarden oder Winterwandern. Bei strahlendem Sonnenschein und perfekten Bedingungen kamen Wintersportfans voll auf ihre Kosten. Am Abend folgte der Höhepunkt: Erika und ihre Familie verwöhnten die Runde mit einem köstlichen Dinner. Danach wurde bei Tischfussball, Pingpong und angeregten Gesprächen gemeinsam gelacht, gespielt und gefeiert.

Der Sonntag startete mit einem reichhaltigen Frühstück, das genug Energie für einen weiteren Tag auf der Piste oder den Wanderwegen lieferte. Bei bester Stimmung und einer grossen Portion

Frischluft verabschiedete man sich schliesslich am Nachmittag – der 10. und 11. Januar 2026 ist bereits als Termin für das nächste Skiweekend reserviert.

Ein herzliches Dankeschön gilt der Familie Maurer für ihre grossartige Gastfreundschaft und allen Teilnehmenden, die dieses Wochenende zu einem unvergesslichen Erlebnis gemacht haben.

Tamara Hunziker, Vizepräsidentin

Bürokratie-Stopp-Initiative der Jungfreisinningen

Basel-Stadt steht vor einer Herausforderung, die sich still und leise über die Jahre aufgebaut hat und je länger, je mehr mit all seinen negativen Aspekten in vollem Umfang sichtbar wird: Die Bürokratie wächst. Der Staat wächst. Die Verwaltung wächst. Dies zeigt sich insbesondere beim Blick auf die Anzahl Vollzeitäquivalente der Verwaltung des Kantons, also jener standardisierten Kennzahl, die die Arbeitsleistung von Teil- und Vollzeitkräften auf Basis einer Vollzeitstelle zusammenfasst. Diese wachsen wesentlich schneller als die Bevölkerung. Im Jahr 2023 verfügte der Kanton über mehr als 9177 Vollzeitäquivalente – das entspricht rund 4,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. Auf rund 22 Basler kommt also ein Verwaltungsmitarbeiter. Und das Verhältnis wird immer besorgniserregender. 2012 lag es noch bei 1:25, heute sind wir bei 1:22, und die Tendenz ist klar – es wird nicht besser, solange wir uns dieser Problematik nicht annehmen.

Die im Zusammenschluss mit der Jungen SVP, den Jungliberalen und der Jungen Mitte durch die Jungfreisinnigen lancierte «Bürokratie-STOPP-Initiative» fordert ein vernünftiges Mass: Die Verwaltung soll nur noch so stark wachsen dürfen wie auch die Bevölkerung.

Die Initiative will ein personelles Gleichgewicht, das sicherstellt, dass die Verwaltung nicht weiter unkontrolliert expandiert. Sollte der Kanton tatsächlich mehr Personal benötigen, bleibt immer noch die in der Initiative vorgesehene Möglichkeit, mit einer Zweidrittelmehrheit im Grossen Rat Abweichungen zu erlauben.

Das sorgt für Flexibilität, wenn sie wirklich notwendig ist – es verhindert dennoch den derzeitigen Trend der ungebremsten Aufstockung.

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schiefgelaufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Nach dem Volks-Nein zum Autobahnausbau herrscht bei ACS, TCS und den Transporteuren miese Stimmung. «Was haben wir im Abstimmungskampf falsch gemacht?», fragen sich einige Verantwortliche. Über das Nein freuen sich die Familiengärtner in Birsfelden und die Dealer in der Dreirosenanlage, die nun sogar ohne Kameras handeln dürfen. Und natürlich jubeln die Links-Grünen, die trotz des Erfolgs der Nordtangente unter der Erde nichts dazulernen wollten. Freuen wir uns auf weitere Jahrzehnte Dauerstau von Pratteln bis zum deutschen Zoll.

Manche von uns haben beim 2. Wahlgang der Regierungsratswahlen beide Augen zugedrückt und mit Wucht Esther Keller in der Regierung bestätigt. Die Alternative wäre wohl noch schlechter gewesen als die ebenfalls grünen beiden Vorläufer Morin und Ackermann. Freuen wir uns mit Esther Keller auf charmant präsentierten Parkplatzabbau, autofahrervertreibende Quartierblocks, weiterhin extralange Baubewilligungszeiten und teuren, dafür exklusiven Alibisonnenschutz. Und die kaum genutzten roten kellerschen Mietvelos, die mir überall den Veloparkplatz streitig machen, werden wir wohl für weitere vier Jahre zu erdulden haben.

Ein Dauerthema für 2025 ist und bleibt die teure Kaserne mit dem Ausbau respektive Nichtausbau des Restaurants. Auch die Kompetenz – respektive Inkompetenz – der Kulturverantwortlichen im Präsidialdepartement wird nach dem Preisdebakel vermutlich weiter zu reden geben. Man sieht, ESC-Sieger Conradin Cramer geht die Arbeit nicht aus.

Ebenfalls viel Arbeit vor sich hat «unser» Bundesrat Beat Jans. Vorbei der Jubel über seine Wahl, vorbei der erste Glanz. Willkommen in den Niederungen der harten Tagespolitik, Herr Bundesrat. Nun heisst es, sich in die Dossiers einzulesen, die Ideologie abzustreifen, offen zu kommunizieren und für alle statt wenige zu arbeiten.

Nicht nur bei der Basler SP steht ein Präsidiumswechsel an, auch Mitte-Preesi Pfister – Retter der CVP – tritt ab. Wer wird seine Nachfolge antreten in diesem schweren Amt? Quasi als sicher gilt, dass sich Nationalrätin Schneider-Schneiter bewerben wird. Wetten?

Zur Freude vieler laufen wieder zahlreiche Vorfasnachtsveranstaltungen. Mal sehen, wer aus der Politkaste wie scharf drankommt. Oder werden nur noch politisch korrekte rosa Wattebäuschchen geworfen?

Rathaustürsteher

Voller Einsatz für die Schweiz

2024 in drei Bildern

Richtungsweisende Entscheide der Delegierten:

Die FDP-Delegierten haben 2024 Positionspapiere zur Rettung der Volksschulen und zur Bekämpfung der illegalen Migration verabschiedet.
Beide Papiere führten zu schweizweiten Debatten. Die FDP bleibt mit konkreten Lösungsansätzen an diesen wichtigen Themen dran.

Linke Kostenbombe gebodigt:

Unter der Führung der FDP konnte die sogenannte Prämieninitiative von SP und Gewerkschaften bekämpft und gebodigt werden. Diese linke Kostenbombe hätte zu jährlichen Zusatzkosten von 1500 Franken pro Haushalt geführt.

Erfolgreiche Wahlen:

Die FDP konnte 2024 in verschiedenen Gemeinden und Kantonen zulegen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte durften verschiedene Sektionen einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen.

Die Heuchelei von Imark und den Linken

Sessionsrückblick

Am Ende kann man es nennen, wie man will. Subventionen bleiben Subventionen und Industriepolitik bleibt Industriepolitik. Mit den Subventionen für die Stahlwerke sägt das Schweizer Parlament am Ast, auf dem es sitzt und seinen Wohlstand aufgebaut hat. Die Schweiz braucht gute Rahmenbedingungen und keine Industriepolitik. Unter dem tosenden Beifall der Gewerkschaften hat sich eine schamlose Koalition der Willigen unter der Führung von SVP-Nationalrat Imark durchgesetzt. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird eine Branche unterstützt, die unter einem Überangebot leidet. Warum gerade diesen Unternehmen unter die Arme gegriffen wird, bleibt ein Rätsel.

Klar ist aber, dass die hohen Energiepreise ein Problem sind. Hier muss die Schweiz für die Versäumnisse der letzten Jahre büssen. Die Schweiz braucht eine Stromoffensive und keinen Subventionswettlauf. Der Wohlstand und die starke Industrie der Schweiz basieren auf verfügbarer und günstiger Energie. Die Mehrheit dieses Parlaments hat in den letzten Jahren mit einer verfehlten Energiepolitik zu dieser Misere beigetragen. Grüne und Linke verhalten sich geradezu schizophren. Einerseits unterstützen sie die Umweltverantwortungsinitiative, die im Februar zur Abstimmung kommt. Diese Initiative will den Verbrauch in der Schweiz um 70 (sic!) Prozent senken und Energie massiv verteuern. Und praktisch im gleichen Atemzug unterstützen sie die grössten Emittenten mit Millionenbeträgen.

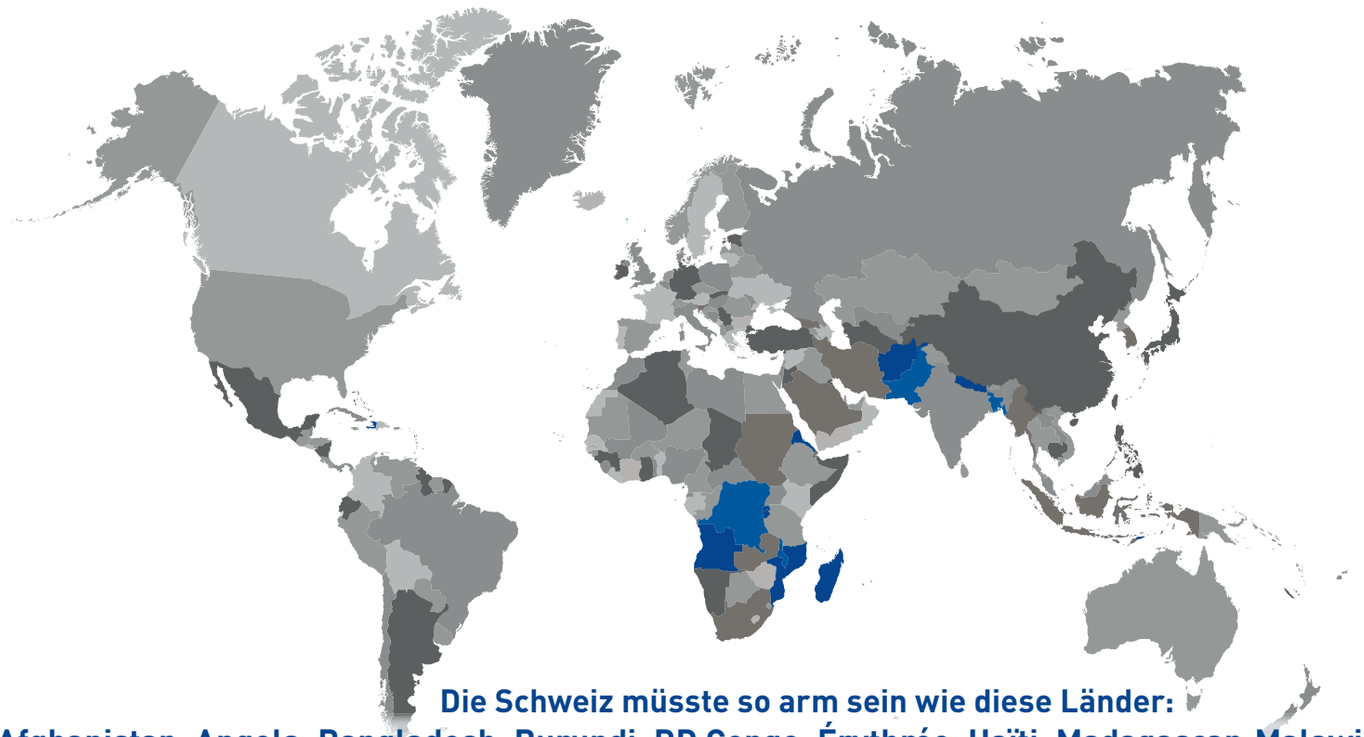
Christian Wasserfallen nutzte die Metapher, dass die Linken den Patienten ins Spital prügeln, um ihn dann auf der Intensivstation wiederzubeleben. Ich nenne ein solches Verhalten heuchlerisch.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Nein zur Verarmungsinitiative

Eine Mogelpackung namens «Umweltverantwortungsinitiative»

Die Grünen wollen die Schweiz mit einer Volksinitiative zurück in die Steinzeit katapultieren. Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde. Bei solchem Unsinn macht die FDP nicht mit. Deshalb haben wir die Führung der bürgerlichen Allianz gegen die Verarmungsinitiative übernommen.



Die Schweiz müsste so arm sein wie diese Länder:
Afghanistan, Angola, Bangladesh, Burundi, RD Congo, Érythrée, Haïti, Madagascar, Malawi, Mozambique, Népal, Pakistan, Tadjikistan, Rwanda, Timor-Leste

Am 9. Februar stimmt die Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (siehe Infobox) der Jungen Grünen ab. Eine Annahme der Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe auf Gesellschaft und Unternehmen zur Folge. Bund und Kantone müssten zu rigorosen Regulierungen und massiven Lenkungsmassnahmen greifen, um die Reduktion innert der gesetzten Frist von 10 Jahren zu erreichen. Betroffen wären insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Wohnen. Global gesehen wäre die Wirkung der Initiative minimal. Der massive Wohlstandsverlust wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt des utopischen Alleingangs sollte der eingeschlagene Weg der internationalen Zusammenarbeit weiterverfolgt und ausgebaut werden.

«Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde.»

Wohlstandsniveau eines Entwicklungslandes droht

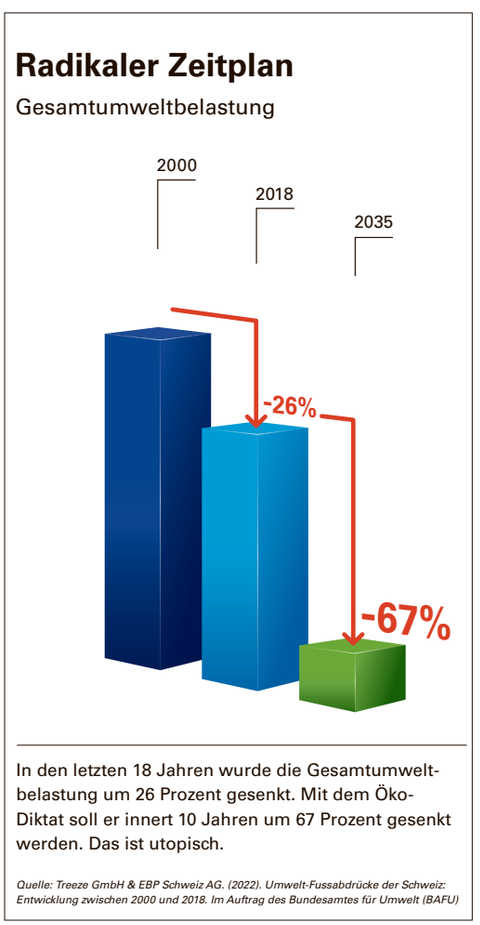
Aktuell haben 15 Länder einen planetaren Fussabdruck von unter einer Erde und erfüllen somit die Anforderungen der Initiative. Darunter findet man Länder wie Afghanistan, Haiti und Madagaskar. Diese Länder haben nicht eine effiziente Ressourcennutzung, sondern ein extrem tiefes Wohlstandsniveau aufgrund schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist durchschnittlich 80-mal kleiner als diejenige der Schweiz, und trotzdem ist der ökologische Fussabdruck in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern (siehe Grafik oben).

Die Initiative trifft alle – und kommt einer sozialpolitischen Bombe gleich

Die Initianten sprechen davon, dass «Profitkonzerne jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten müssen». Sie verschweigen aber gerne, dass die Auswirkungen der Initiative die Ärmsten am meisten treffen. Zum einen explodieren die Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel, zum anderen müssten staatliche Leistungen radikal gekürzt werden, weil dem Staat die Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren müsste. Dies bekräftigte auch Babette Sigg Frank (Konsumentenforum) an der überparteilichen Medienkonferenz am 16. Dezember: «Die Initiative ist ein absoluter Kaufkraftkiller: Explodierende Preise und leere Regale wären die Folge.»

Konsumverzichte und staatliche Eingriffe

Die Forderung der Initiative, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67% reduzieren muss, kann nur mit Konsumverzicht und Staatsmassnahmen erreicht werden (siehe Grafik: Radikaler Zeitplan unten).



In den letzten 18 Jahren wurde die Gesamtumweltbelastung um 26 Prozent gesenkt. Mit dem Öko-Diktat soll er innert 10 Jahren um 67 Prozent gesenkt werden. Das ist utopisch.

Quelle: Treeze GmbH & EBP Schweiz AG. (2022). Umwelt-Fussabdrücke der Schweiz: Entwicklung zwischen 2000 und 2018. Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)

Der Footprint-Rechner von WWF zeigt auf, mit welchen Massnahmen ein Fussabdruck von 1 oder darunter erreichbar wäre: Verzicht auf tierische Produkte wie Käse, Milch, Eier oder Fleisch. Verzicht auf Autofahren und Fliegen, der öffentliche Verkehr wäre nur noch situativ möglich, mit der Konsequenz, dass man sich nur noch mit dem Velo oder zu Fuss fortbewegen kann. Weiter dürfte man nicht mehr als 20 Franken pro Monat für Bekleidung und nicht mehr als 50 Franken pro Monat für die Freizeit ausgeben. Zudem bräuchte es Zwangssanierungen von Gebäuden, vorgegebene Raumtemperaturen, Verzicht auf «unnötige» Geräte wie Tumbler oder einen zusätzlichen Gefrierschrank.

«Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen oder was wir essen.»

Der Konsum ist nicht einfach nur Konsum, sondern auch ein Stück Freiheit für mündige Bürger und Bürgerinnen: Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen, was wir essen oder welche Freizeitaktivitäten wir pflegen. Das soll uns keine ideologische Partei mit einer verfehlten Volksinitiative vorschreiben.

Die Schweiz ist auf gutem Weg

Die Initiative ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unnötig. Die mit der Umweltverantwortung verbundenen Grundsätze sind bereits in unserer Verfassung verankert. So ist die Schweiz in Artikel 73 in der Bundesverfassung verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen anderseits» anzustreben.

Wir sind auf einem guten Weg: Der Schweiz ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.
Die Schweiz hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt. Durch Fortschritt und Innovation werden wir immer näher an die planetaren Grenzen rücken. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne erhebliche Rückschritte in Kauf zu nehmen.

Die Initiative gefährdet das Wohlergehen der hoch innovativen Schweiz, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind innovative Unternehmen und internationale Abstimmungen die beste Lösung.

Nadine Racine,
Campaignerin

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.
Diese wurde von den Jungen Grünen eingereicht und wird von linken Parteien und Umweltverbänden unterstützt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses innert 10 Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Das bedeutet, dass die Schweizer Bevölkerung ihren ökologischen Fussabdruck so weit reduzieren muss, dass alle Menschen auf der Welt gleich viele Ressourcen verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen.

Die Umweltpolitiker der FDP sagen Nein

zur schädlichen Verarmungsinitiative

Christian Wasserfallen, Nationalrat aus dem Kanton Bern und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

«Die Verarmungsinitiative will die Schweiz innerhalb von 10 Jahren zu einem Entwicklungsland degradieren. Unsere Wirtschaft würde auf den Stand von Ländern wie Haiti oder Angola schrumpfen. Wohlstand und soziale Errungenschaften sind damit in akuter Gefahr. Ökosozialismus und Konsumverbote will niemand.»

Thierry Burkart, Ständerat aus dem Kanton Aargau und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

«Eine Annahme dieser Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU zur Folge. Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar erfüllen die Anforderungen der Initiative. Wollen wir dieses Niveau für die Schweiz? Nein, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen.»

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin aus dem Kanton St. Gallen und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

«Selbstverständlich ist mit Ressourcen schonend umzugehen. Ein Blick auf die Welt zeigt aber, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch nicht ein Zeichen von Nachhaltigkeit, sondern eines von Armut ist. Die wenigen Länder, welche die Initiative erfüllen, sind keine Vorreiter der Nachhaltigkeit. Die Menschen dort leben vielmehr aus purer Not innerhalb dieser Grenzen. Dies kann für uns kein Ziel sein. Mit Innovation und Fortschritt werden wir aber den eingeschlagenen Weg zu mehr Effizienz fortsetzen.»

Damian Müller, Ständerat aus dem Kanton Luzern und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

«Die Umweltverantwortungsinitiative stellt eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit drastischen Konsumreduktionen von 67 Prozent fordert sie ein unrealistisches Mass an Einschnitten, das Unternehmen zu tiefgreifenden Umstellungen zwingt. Branchen wie Mobilität, Ernährung und Wohnen würden durch Verbote und extreme Kostensteigerungen nahezu lahmgelegt. Das bedeutet weniger Innovation, Arbeitsplatzverluste und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.»

Hilf mit
das Öko-Diktat
zu stoppen!
nein-zur-verarmungsinitiative.ch
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
RETTET DEN PLANETEN!
GRIB

Für alle, die den Wecker stellen

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

Nicht die gewählten Politikerinnen, nicht die Politiker und nicht einmal die liberalen Delegierten standen an der neusten Delegiertenversammlung der FDP Schweiz im Zentrum. Sondern die Bürgerinnen und Bürger.

Für wen machen wir eigentlich Politik? Parteipräsident Thierry Burkart begeisterte die Delegierten mit einer Rede, in der er eine liberale Wende für die Schweiz aufzeigte: mehr FDP statt immer mehr Staat.

In fünf Filmporträts stellten sich beispielhaft jene Bürgerinnen und Bürger vor, deren Anliegen, Hoffnungen und Sorgen all unser politisches Handeln leiten. Sie finden die Videos unter dem hier abgedruckten QR-Code.

In zehn Kurzreferaten von nationalen Politikerinnen und Politikern wurde zudem aufgezeigt, wie wichtig liberale Politik für die Schweiz ist. Sie alle machten klar:

Die FDP kämpft für alle, die den Wecker stellen. Denn wer am Morgen früh aufsteht, soll am Abend mehr auf dem Konto haben.

Hier geht's zu den Filmporträts.

Matia Demarmels, Kommunikationschef

Nicole Sejk, Stabsmitarbeiterin Schweizer Armee

Ich stehe jeden Morgen auf, um einen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz zu leisten. In der Silvesternacht war ich mit einer Freundin im völlig überfüllten Zug, wir waren die einzigen Frauen unter lauter betrunkenen Männern. Zum ersten Mal fühlte ich mich richtig unwohl im öffentlichen Verkehr – trotz meiner militärischen Ausbildung. Soll man in solch einer Situation aussteigen oder den ÖV gar nicht mehr nutzen? Es ist eine Tatsache, dass sich das Sicherheitsgefühl in den Zügen und an den Bahnhöfen deutlich verschlechtert hat.

Patrick Mathis, Sanitär-Installateur

Ich stehe jeden Morgen früh auf, weil die Arbeit um 7 Uhr beginnt. Als Installateur ist das Auto meine zweite Stube. Da ist der Stau ein echtes Problem: Am Morgen, wenn ich pünktlich im Geschäft sein sollte – oder am Abend, wenn ich nach Hause fahre zu meiner Familie. Mir fällt weiter auf: Bei meinen Eltern hat ein Einkommen gereicht. Und bei uns jetzt: chancenlos. Mir liegt am Herzen, dass man auch mit einer Berufslehre in der Schweiz ein gutes Leben führen kann.

Patrizia Toff, selbstständige Treuhänderin

Ich stehe am Morgen um 4.30 Uhr auf. Dann plane ich meinen Tag, bereite alles vor und bin ready, wenn die Kinder aufstehen. Für mich wäre es nie infrage gekommen, meinen Beruf aufzugeben. Ich liebe meinen Beruf. Ich brenne für meinen Beruf – neben meiner Tätigkeit als Mutter. Manchmal ist es herausfordernd, alles unter einen Hut zu bringen und allem plus/minus gerecht zu werden.

Giancarlo Weingart, CEO GRIBAG AG

Ich stehe jeden Morgen auf, weil ich meine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, den Aktionären und der Gesellschaft wahrnehmen will. Leider ist es extrem schwierig für uns, Fachkräfte zu finden. Und mit Fachkräften meine ich explizit keine Ingenieure oder Abgänger irgendeiner Hochschule! Ich meine junge, motivierte Leute, die Verantwortung übernehmen und in ihrem Beruf einen super Job machen.

Aurelie Regamey-Siegenthaler, Landwirtin aus Savigny VD

Ich stehe jeden Morgen sehr früh auf, damit Sie Ihren Milchkaffee trinken können. Ich finde, dass sich zwischen Stadt und Land leider ein Graben aufgetan hat. Wir Bauern sind etwas demoralisiert. Wir krampfen, wir engagieren uns von früh bis spät – ohne viel Anerkennung zu erhalten. Und die Bürokratie hat stark zugenommen. Immer wieder kommen neue Kontrollen und Vorschriften dazu. Immer mehr Daten sollen erfasst werden. Das verschlingt in der Landwirtschaft enorme Ressourcen.

Wir präsentieren: Der FDP-Wecker

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:
An Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: wecker@fdp.ch

Bild: iStock

Schweiz-EU: Verbessertes Verhandlungsergebnis

Kein Spielraum beim liberalen Arbeitsmarkt

Die Verhandlungen über die neuen bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind abgeschlossen. Das Resultat ist deutlich besser als bei früheren Versuchen. Die FDP prüft nun sorgfältig, ob die Vorteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen überwiegen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind für die FDP von grosser Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind unsere wichtigsten Handelspartner, und wir teilen eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Verlässliche und stabile Beziehungen sind ein Schlüsselfaktor für unseren Wohlstand und die Stabilität der Schweizer Wirtschaft.

Besseres Ergebnis als 2021

Das heute vorgestellte Verhandlungsergebnis übertrifft die Resultate des letzten Anlaufs im Jahr 2021. Das zeigt: Der damalige Abbruch der Verhandlungen war richtig. Diesmal hat der Bundesrat mehr erreicht:

- **Kein Rahmenabkommen:** Stattdessen einzelne Verträge mit der EU, genau wie bei den Bilateralen I und II. Wir entscheiden selber, ob wir nur die bisherigen Bilateralen stabilisieren oder auch neue Verträge wollen – beispielsweise beim Strom.
- **Verbesserte Schutzklausel:** Eine optimierte Schutzklausel schafft offenbar Möglichkeiten, die Zuwanderung mit innenpolitischen Instrumenten besser zu steuern.
- **Mehr Rechtssicherheit:** Die Schweiz kann ein unparteiisches Schiedsgericht anrufen, wenn die EU sich unfair verhält.

So entscheidet die FDP

Wie jeder Vertrag enthalten auch die neuen Bilateralen Vor- und Nachteile. Die FDP verfährt nach der bewährten Maxime: Trau, schau, wem. Wir jubeln die Verträge weder hoch noch verdammen wir sie. Sicher nicht, bevor wir jede Zeile sorgfältig gelesen und geprüft haben, die der Bundesrat nun vorlegt. Profitieren die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen – oder überwiegen die Nachteile? Mit anderen Worten: Nützen die neuen Verträge der Schweiz?

Über diese Frage wird unsere Basis an einer Delegiertenversammlung entscheiden. Dazu verpflichtet sich heute die Parteileitung der FDP Schweiz. Und darauf arbeitet eine Gruppe von zwölf Liberalen hin, die ihre Überlegungen mit der Parteibasis teilen werden. Dieses Versprechen – an die FDP, aber auch an die Schweiz – finden Sie auf Seite 15.

Kein Spielraum beim liberalen Arbeitsmarkt

Fragwürdig ist die Rolle der Gewerkschaften. Sie interessieren sich nicht für den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger, sondern einzig dafür, wie sie auf deren Buckel ihre Kassen füllen. Seit Monaten fordern die Gewerkschaftsbosse Massnahmen, um den liberalen Arbeitsmarkt zu demontieren. Und sie drohen: Wenn ihr uns nicht teuer bezahlt, so sprengen wir die Bilateralen in die Luft. Bei der FDP drohen sie vergeblich. Unsere Partei wird den liberalen Arbeitsmarkt nicht preisgeben.

Bleiben Sie informiert! Hier finden Sie unsere Medienmitteilungen.

Medienmittelung der FDP Schweiz vom 20. Dezember 2024

FDP
Die Liberalen

NEUE BILATERALE VERTRÄGE: WIE DIE FDP ENTSCHEIDET

Wir, zwölf Mitglieder der FDP.Die Liberalen Schweiz, halten fest:

1. **Wir wollen die Freiheit und Souveränität der Schweiz bewahren und über die Geschicke unseres Landes auch in Zukunft selbst entscheiden.**
2. **Wir wollen den Wohlstand erhalten, den sich unser Land mit Fleiss, Geschick, unter glücklichen Umständen und mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.**

Diese Ziele einen uns. Manchmal verlangen sie Abwägungen. So auch bei den neuen Verträgen mit der EU. Die FDP stand schon immer zum Bilateralen Weg – im Interesse der Schweiz. Stets haben wir die Bilateralen I und II verteidigt.

Offen ist unsere Position zu den neuen Verträgen. Entscheiden darüber werden die Delegierten der FDP. Zur Vorbereitung dieses Entscheids analysieren wir die Verträge und bewerten ihre Vor- und Nachteile gemeinsam, jede und jeder aus der eigenen Perspektive. Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz übernehmen wir folgende Aufgaben:

A. **Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.**
B. **Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion und Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.**

In unserer Arbeit wie in der öffentlichen Debatte pflegen wir den respektvollen Widerspruch. Wir hinterfragen die Analysen, nicht die Intentionen unserer Mitstreiterinnen und -streiter. Wenn wir einzeln Position beziehen, sprechen wir nie für die ganze Partei.

Als Mitglieder der FDP kämpfen wir alle für liberale Werte: für die Freiheit und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger.

Dafür stehen wir gemeinsam ein.

DAMIEN COTTIER
Nationalrat NE, Fraktionspräsident

NATHALIE FONTANET
Regierungsrätin GE, KDK-Vorstandsmitglied

SIMONE GIANINI
Nationalrat TI

SIMON MICHEL
Nationalrat SO, Mitglied APK-N

CHRISTELLE LUISIER
Regierungsrätin VD

PHILIPPE MÜLLER
Regierungsrat BE

HANS WICKI
Ständerat NW, Gruppenchef SR

CHRISTIAN WASSERFALLEN
Nationalrat BE

FILIPPO LEUTENEGGER
Kantonalpräsident ZH

LAURENT WEHRLI
Nationalrat VD, Mitglied APK-N

SUSANNE VINCENZ-STAUFFACHER
Nationalrätin SG, Präsidentin FDP Frauen

MATTHIAS MÜLLER
Vizepräsident ZH und ehem. JF-Präsident

Bild: iStock

Juso-Enteignungsinitiative

Gemeinsam gegen den sozialistischen Wahn

SP und Juso blasen zur Treibjagd auf die besten Steuerzahler und wollen dem bereits heute geschröpften Mittelstand zusätzliche Steuern von 3,7 Milliarden pro Jahr aufbürden. Für ihren Traum vom Sozialismus ist den Genossen alles recht: Dass Tausende Arbeitsplätze verschwinden würden, scheint sie nicht zu kümmern.

Die sozialistischen und komplett weltfremden Träumereien der Juso gehören mittlerweile zur politischen Auseinandersetzung wie der Deckel zum Topf. In regelmässigen Abständen lanciert die Jugendabteilung der SP klassenkämpferische Volksinitiativen, die den Genossen Marx mit Stolz erfüllt hätten, von der Schweizer Stimmbevölkerung aber hochkant abgeschmettert werden. Die jüngste Initiative weist allerdings eine neue Qualität auf: Die geeinte SP-Spitze ist im Initiativkomitee vertreten. Damit ist klar: Die Enteignungsinitiative ist brandgefährlich!

Das fordert die Initiative

Mit der Initiative fordern SP und Juso eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken – ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Ausserdem fordert die Initiative, dass die Enteignung unmittelbar ab der Abstimmung gilt – noch bevor sich der Bundesrat und das Parlament mit der Umsetzung auseinandersetzen konnten. Das ist höchst undemokratisch und schafft Rechtsunsicherheiten! Deshalb verdient die Enteignungsinitiative ein klares Nein.

Kahlschlag im Service Public

Die potenziell von der Initiative betroffenen Personen und Unternehmen leisten heute einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen in der Schweiz: Nur 3 Prozent der Unternehmen bezahlen 90 Prozent der direkten Bundessteuer. Und nur 1 Prozent der Steuerzahler bezahlen 44 Prozent der Vermögenssteuern. Verlassen diese aufgrund einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer die Schweiz, kommt es zu massiven Steuerausfällen. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft vor: Bei einer Annahme der Enteignungsinitiative kommt es zu Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr.

Dieses Geld würde dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden schmerzlich fehlen. Diese müssten bei Schulen, öffentlichem Verkehr und Freizeitangeboten sparen. Die sozialistische Initiative von SP und Juso hätte demnach einen Kahlschlag im Service Public zur Folge.

Steuerhammer für den Mittelstand

Um den Kahlschlag im Service Public zu verhindern, müssten all diejenigen, die jeden Morgen den Wecker stellen und zur Arbeit gehen, die Milliardenausfälle mit höheren Steuern kompensieren.

Der Kanton Aargau rechnete jüngst vor: Die Ausfälle aufgrund der Juso-Enteignungsinitiative könnten «mit einer Erhöhung des ordentlichen Steuerfusses um 1,2 Prozentpunkte[n] kompensiert werden». Eine saftige Rechnung für den Mittelstand!

Damit ist klar: Die perfide Enteignungsinitiative ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf den bereits heute stark belasteten arbeitenden Mittelstand und auf die KMU.

Lukas Aecherli,
Leiter digitale Projekte und Campaigner

Jetzt engagieren!

Kämpfen Sie mit uns gegen die Juso, die SP und den Sozialismus

Die FDP lehnt die Enteignungsinitiative der Juso ab und wird sie zum Wohle derjenigen, die selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen, entschieden bekämpfen. Kämpfen Sie mit uns gegen dieses sozialistische Vorhaben. Mit vereinten freisinnigen Kräften werden wir diese Initiative deutlich versenken können.

Komitee beitreten und Enteignungsinitiative bekämpfen:

Hier geht's zum Komitee

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Bettina Balmer, Pascal Broulis und Simone Gianini dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.

Nationalrätin Bettina Balmer ZH

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Es gibt noch mehr Politik in meinem Leben. Der neue Arbeitsort in Bern bedeutet, dass ich häufig mit dem Zug unterwegs bin. Beruflich arbeite ich weiterhin zu 50 Prozent als Kinderchirurgin auf einer Notfallstation in Zürich und bin froh, dass sich mein Dienstplan mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Die Koordination aller Termine ist manchmal eine echte Herausforderung, aber meine persönliche Mitarbeiterin unterstützt mich tatkräftig dabei, alles unter einen Hut zu bringen.

Sie sind Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst. Die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation sowie die Kulturbotschaft legen die Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 in den entsprechenden Bereichen fest. Ich persönlich finde Bildung und Kunst wichtig, denke aber, dass der Spagat zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Machbaren auch hier eine grosse Herausforderung darstellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist zentral.

> «Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst.»

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrätin?

Ein Höhepunkt war sicher die erste Session: So viele Eindrücke! Die Vereidigung war sehr feierlich und die Bundesratswahlen haben gezeigt, dass man jetzt mittendrin ist. Besonders gefällt mir, dass man als Nationalrätin wirklich etwas bewegen kann. Ich habe dazu beigetragen, dass monoklonale Antikörper gegen RSV, also ein Schutz gegen die häufigen und für Säuglinge und Kleinkinder gefährlichen Atemwegsinfektionen, noch in diesem Winter zur Verfügung stehen. Das erspart viel Leid und durch weniger Krankenhausaufenthalte auch Kosten.

Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation

Ständerat
Pascal Broulis
VD

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?
Wegen der vielen Kommissionssitzungen reise ich oft nach Bern und übernachte dort. Das verändert meine Gewohnheiten. Das Umfeld im Bundeshaus und die Stadt Bern sind zum Glück sehr angenehm. Dank meiner 20-jährigen Erfahrung in der kantonalen Exekutive kannte ich die Mechanismen der Bundespolitik bereits vor meiner Wahl in den Ständerat. Als Parlamentarier bin ich aber neu ein Akteur der Bundespolitik. Das hat meine Rolle verändert.

Als Ständerat sind Sie verschiedenen Kommissionen beigetreten, darunter der Finanzkommission. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?
Wir leben in einer Zeit permanenter Unsicherheit. Militärische, geopolitische und finanzielle Krisen reihen sich aneinander. Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben. Damit erhalten wir uns die nötige Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen Umfeld. Die Schuldenbremse ist deshalb einzuhalten. In ihrem Rahmen muss es uns gelingen, die Sozialwerke – insbesondere die AHV – nachhaltig zu finanzieren, und wir müssen die Armee stärken. Dafür setze ich mich ein. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Stärke unseres Landes in seiner Vielfalt und seinem föderalen Zusammenhalt liegt.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Ständerat?
Zwei Dinge fallen mir sofort ein: die ausgezeichnete Atmosphäre in der kleinen Kammer und der gegenseitige Respekt unter den Ständeratskolleginnen und -kollegen. Als Waadtländer Ständerat habe ich einen starken Bezug zu den Behörden und Institutionen meines Heimatkantons. Als Kompass für meine Arbeit dienen mir die Werte Freiheit und Verantwortung, die wir als FDP teilen.

«Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.»

Nationalrat
Simone Gianini
TI

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?
Vor einem Jahr bin ich als Vizebürgermeister der Stadt Bellinzona ins nationale Parlament eingezogen. Die Arbeit im Bundeshaus erfordert einen Perspektivenwechsel: Weg vom Tagesgeschäft einer lokalen Exekutive, hin zu einer langfristigen Perspektive auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu früher bin ich nicht mehr jeden Abend bei meiner Frau und meinen drei Kindern, und ich musste mich neu organisieren, damit ich auch von Bern aus meiner Arbeit als Anwalt nachgehen kann.

Sie sind Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?
Die Rechtskommission ermöglicht einen interdisziplinären Blick auf gesellschaftliche Themen. Als Jurist konnte ich mich sofort in die Arbeit einbringen und wichtige Entscheide mitprägen. Nach dem umstrittenen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?
Sicherlich der Tag der Vereidigung: feierlich und patriotisch. Aber auch der Moment, als das Plenum zum ersten Mal einen meiner Minderheitsanträge angenommen hat, war etwas Besonderes. In diesem Moment habe ich wirklich gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann. Ich hatte auch das Privileg, die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero zu moderieren. Es war eine wichtige Gelegenheit, das Engagement der vielen Tessiner Freisinnigen für unsere Partei zu zeigen.

«Ich habe gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann.»

Bild: AdobeStock

Die Zukunft ist digital

So gewinnen wir Abstimmungen und Wahlen.

Im vergangenen Jahr haben uns die linken und etatistischen Parteien ihre Macht bewiesen: Mit ausgeklügelten Digital-Kampagnen ist es ihnen gelungen, uns Mehrausgaben in Milliardenhöhe aufzudrücken, zentrale Infrastrukturprojekte zu blockieren und überfällige Reformen unserer Sozialwerke zu verhindern.

Über E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Social-Media-Videos erreichten sie die Menschen zielgerichtet und schafften es, ihre Botschaften – auch wenn deren Wahrheitsgehalt teilweise mehr als fragwürdig war – erfolgreich zu platzieren. Mit erheblichen Folgen für das Portemonnaie von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Schon lange ist unsere politische Konkurrenz in einen Dauerwahlkampf übergegangen. Sie kämpft nicht nur von Abstimmung zu Abstimmung und in den Monaten vor den Wahlen, sondern wiederholt ihre Botschaften tagein, tagaus. Mit immer grösserer Reichweite und – gemessen an den jüngsten Abstimmungsergebnissen – mit zunehmendem Zuspruch.

«Wir brauchen schleunigst eine durchgängige digitale Kampagnen-infrastruktur.»

Höchste Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und dem schleichenden Linksdrift entschlossen und mit Kampfgeist zu begegnen. Denn die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat gezeigt: Auch wir können digital mobilisieren. Innert kürzester Zeit konnten wir über 40 000 Menschen davon überzeugen, mit uns gegen den Griff des Staates nach den Vorsorgevermögen zu kämpfen.

Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen. Wir brauchen schleunigst eine durchgängige digitale Kampagnen-infrastruktur, die uns ermöglicht, die erfolgreiche

Petition zu skalieren und die Menschen noch gezielter auf den Themen abzuholen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

Tocco – das digitale Rückgrat der FDP

Die heutige Mitgliederdatenbank der FDP ist überholt. Sie stammt noch aus dem Jahr 2007, ist also älter als das erste iPhone. Einen personalisierten Versand von E-Mails? Fehlanzeige. Betreuung von Spendern? Nicht möglich.
Der Fall ist klar: Wir brauchen eine neue Datenbank!

Die FDP möchte das veraltete Tool so rasch wie möglich mit Tocco, einer bewährten Schweizer Datenbank-Lösung, ersetzen. Dieses zeitgemässe Werkzeug ermöglicht der FDP ein zielgerichtetes Newsletter-Marketing, garantiert ein professionelles Fundraising und steigert die entscheidende Mobilisierung zu Abstimmungen und Wahlen.

Kurzum: Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.

«Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.»

Aus dem FDP-Maschinenraum

Die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat richtig Spass gemacht! In einer Nachtschicht setzte ich die Infrastruktur auf, damit wir möglichst rasch live gehen konnten. Kurz vor der Veröffentlichung zeigte meine Smartwatch einen Puls an, den ich sonst nur vom Sport her kenne – so aufgeregt war ich. Als dann die Zahl der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Minutentakt in Hunderterschritten stieg, traute ich meinen Augen nicht. Über 40 000 Personen sollten es am Schluss sein. Ein Grosserfolg für die FDP!

Lukas Ächerli,
Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Mit Ihrer Spende für das Projekt TOCCO ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN:
  Datenmigration für 50 Parteimitglieder
- 100 FRANKEN:
  Schulung einer Ortspartei im neuen Tool
- 250 FRANKEN:
  Erstellung einer Briefvorlage (beispielsweise für eine Spendenbestätigung)
- 1000 FRANKEN:
  Programmierung einer neuen Schnittstelle, beispielsweise für den personalisierten Versand des Präsidentenmails

Hier geht's zur Donation-Page (inkl. Twint).

Lukas Ächerli, Projektleiter Petition «Nein zur Vorsorgesteuer»

Bild: iStock

Staatsdividende – jetzt!

Warum Steuerzahlende an staatlichen Haushaltsüberschüssen partizipieren sollen.

Der Kanton Basel-Stadt schwimmt im Geld, während die Steuerbelastung insbesondere beim Mittelstand schweizweit zu den höchsten zählt. Eine groteske Situation, welche nun dank eines innovativen Vorstosses aus dem Kreis der FDP künftig zumindest teilweise entschärft werden kann.

Die Krux mit der Steuersenkung trotz Einnahmeüberschüssen

Zugegebenermassen hat Basel-Stadt ein Luxusproblem. Der Kanton weist seit Jahren Überschüsse in Millionenhöhe aus. Die Verschuldung konnte dadurch seit Mitte der Nullerjahre erheblich reduziert werden, und selbst die 2019 eingeführte Unternehmenssteuerreform hatte wider Erwarten keinen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen, im Gegenteil. 2023 wies der Kanton einen Überschuss von 423 Millionen Franken aus. Die wiederkehrenden Millionenüberschüsse wecken aber verständlicherweise Begehrlichkeiten. Folgerichtig wären zur Eindämmung der Überschüsse Steuersenkungen angebracht, wie sie von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert werden. Solche Vorhaben scheitern jedoch in Basel-Stadt am zähen Widerstand der Linken. Diese bevorzugen alternativ chronischen Staatsausbau, verbunden mit Ausgabenerhöhung à gogo. Leidtragend ist und bleibt der steuerzahlende Mittelstand, liegt Basel doch bei der Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich immer noch ganz weit hinten.

Rückerstattung von Überschüssen als möglicher Mittelweg

Was also tun? Eine mögliche Lösung läge eben darin, das Pferd stattdessen von hinten aufzuzäumen. Anstatt weiter den beschwerlichen politischen Weg für Steuersenkungen zu beschreiten, habe ich in einem Essay die Idee der Überschussrückvergütung beschrieben, wie künftig die Steuerzahlenden an den kantonalen Haushaltsüberschüssen teilhaben können. Dabei geht es simpel ausgedrückt um eine Art Dividende, welche der Kanton an die Steuerzahlenden ausrichtet, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind.

Avenir Suisse hat den Vorschlag zu Beginn dieses Jahres in der Publikation «Budgetierung ausser Rand und Band» aufgenommen. Der Ansatz zur Rückerstattung von Haushaltsüberschüssen wurde daraufhin sowohl in den Medien wie auch politisch weitherum diskutiert.

Parlamentsentscheid macht Basel-Stadt zum First Mover

In Basel haben wir den Schwung aus diesem Diskurs im Februar 2024 genutzt und den Vorschlag in Form einer Motion in den Grossen Rat gebracht. Dabei wurde auch bereits die konkrete Umsetzung formuliert. Diese sieht vor, dass bei vorhandener negativer Nettoverschuldung die kantonalen Überschüsse zu maximal 80 Prozent und proportional zum individuellen Steueraufkommen an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden können. Unterstützt wurde der Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Parteien bis hin zur GLP. Jedoch überrascht aber, dass auch die Regierung die Motion entgegennahm und selbst die SP-Fraktion für die Erstüberweisung stimmte.

Nachdem im Oktober auch die Zweitüberweisung erfolgreich vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, darf die Regierung um SP-Finanzministerin Tanja Soland nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Sie meinte in der Ratsdebatte dazu gar: «Meine Mitarbeitenden hätten sicher Freude daran, eine solche Vorlage auszuarbeiten.»

Es geschehen selbst am Rheinknie hin und wieder noch Zeichen und Wunder.

Christian C. Moesch, Grossrat FDP Basel-Stadt

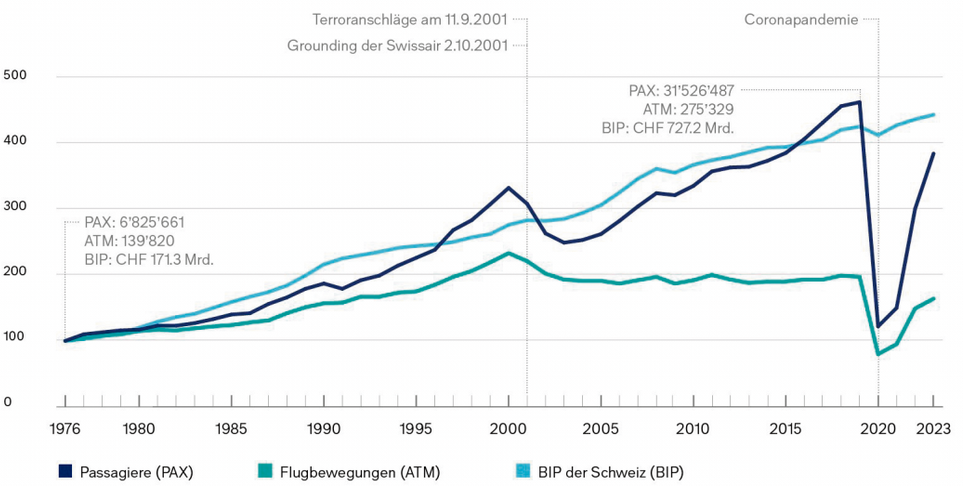
Revision des Luftfahrtgesetzes

Schützen wir unseren Wohlstand!

Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung sind die Treiber der internationalen Mobilität. Trotz steigender Passagierzahlen verbleibt die Anzahl der Flugbewegungen konstant. Dennoch stehen die Landesflughäfen unter politischem Druck. Ein Überblick über Nutzen und Herausforderungen.

Die Landesflughäfen binden mit rund 60 Millionen Passagieren im Jahr die Schweiz mit der Welt an. Sie sind von elementarer Bedeutung für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und ermöglichen unseren Wohlstand. Denn die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung der Schweiz sind und bleiben die Treiber des Bedarfs nach internationaler Mobilität. Das verdeutlicht die Grafik: Die Passagierzahlen am Flughafen Zürich entwickeln sich entlang des BIPs. Bemerkenswert dabei: Die Anzahl Flugbewegungen weisen ein bedeutend flacheres Wachstum auf als die Passagierentwicklung. Der Grund sind grössere Flugzeuge und eine höhere Auslastung, mit welchen der beträchtliche Anstieg des Passagieraufkommens in den letzten beiden Jahrzehnten bewältigt werden konnte.

Die Luftfahrt erfüllt das Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft



Die Bedeutung der Landesflughäfen ist auch an einigen Zahlen festzuhalten. 35% der ausländischen Gäste erreichen die Schweiz per Flugzeug und jährlich werden mehr als 50% der wertmässigen Schweizer Exporte per Luftfracht abgefertigt. Der Flughafen Zürich agiert dabei als einziges interkontinentales Luftverkehrs-Drehkreuz und bindet unser Land an die wichtigsten Metropolen der Welt an. Gute Verkehrsanbindungen zählen für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft zu den wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. 2024 sind über 200 Destinationen in 70 Ländern direkt von Zürich aus erreichbar. Und 44% der europäischen Wirtschaftsstandorte sind dank des Flughafens innerhalb von dreieinhalb Stunden erreichbar, ohne den Flughafen sind es lediglich 11%.

Wohlstand entsteht durch Handel. Und Handel basiert auf funktionierenden Verkehrsrouten. Das war vor 3000 Jahren schon so und gilt heute noch. Nur die Art des Verkehrsmittels und die globale Reichweite haben sich seither verändert. Deshalb ist ein Flughafen heute wichtiger als die geostrategische Lage des Seehafens. Zum Glück für die Schweiz.

Zum Glück auch für den Kanton Zürich. Denn die Flughafenstadt ist mit über 30 000 Arbeitsplätzen bei über 300 Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Kanton. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über 7 Milliarden Franken trägt das Flughafensystem rund 4,5% des kantonalen BIPs bei – die Einkommensverwendung induziert eine zusätzliche Wertschöpfung von 8,4 Milliarden Franken. Diese wirken sich bis weit in die benachbarten Kantone und die Grenzregion aus. Dazu werden täglich rund 1 Million Franken in die Erneuerung, den Ersatz und die Weiterentwicklung der Infrastruktur investiert.

Der Flughafen Zürich ist ein Wirtschaftsmotor und gemäss Bundesrat «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht er die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Dazu gehört der Erhalt der aktuellen Betriebszeiten sowie die Lösung des Widerspruchs zwischen Flugbetrieb und Bevölkerungsentwicklung, damit der Anschluss der Schweiz an die Weltmärkte und damit unser Wohlstand auch in Zukunft sichergestellt sind.

Andrew Karim,
Vorstandsmitglied bei der FDP Winterthur und arbeitet für die Flughafen Zürich AG

NEIN zur Preisexplosion

Eidg. Abstimmung
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

NEIN!